

Ergebiger Volksfreund

Der „Ergebige Volksfreund“ erscheint täglich mit Sonntags- und Feiertagsausgabe.
Der Preis für die 24 mm breite Einzel- Ausgabe im Wahlbezirk ist 20 Pf. (Familienausgabe aus vierseitigem Blatt 10 Pf., ausserdem 25 Pf. für die 30 mm breite Zeitungspartie 40 Pf., ausserdem 50 Pf. für die 30 mm breite Gründungszeitung 55 Pf., ausserdem 65 Pf. Zeitungspartie).

Postleitzahl: Leipzig Nr. 12225.
Gemeinde-Zeitung: Taz, Gräf. Nr. 28.

Tageblatt

enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Stadtschulden in Schwarzenberg, der Städte- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Zöblitz, Neuhausen, Grünhain, sowie der Finanzämter zu Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Finanzämter zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag G. M. Gürler, Aue, Erzgeb.

Zensurvor: Aue 91 und 92, Zöblitz (Kast. 100) 440, Schwarzenberg 20, Grünhain 201, Schneeberg 201, Zschopau 201, Oelsnitz 201, Döhlitzsch 201, Weißeritz 201.

Wähler - Wählern ist die am Nachmittag erledigte Stimme. Eine Stimme für die Wahllokalen der Wahlbezirke ist ausreichend. Zugleich kann es bestimmte Orte nicht mehr geben, und nicht für die Wahllokale der durch Verordnung eingesetzten Wahlbehörde. — Die Wahllokale umfassen eingesetzte Wahlbehörde übernehmen die Erfüllung einer Dienstverpflichtung. — Unterschriften des Wahlbehördenkonsortiums bestätigen keine Wahllokale. Bei Wahllokale wird eine geringe Zahl von Stimmen abgestimmt. Wahlbehörden in: Aue, Zöblitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Mr. 252.

Donnerstag, den 28. Oktober 1926.

79. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Unter dem Siebentande des Schmiedemeisters und Wirtschaftsmasters Emil Pöhl in Pöhlitz ist die Maul- und Klauenfreude festgestellt worden. Spezialgebiet: das verfeuchte Gehöft. Beobachtungsgebiet: Pöhlitz rechts der Straße Ratschau-Altersgrün. Auf die in ortsüblicher Weise bekanntgegebenen Vorschriften wird besonders hingewiesen.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, 27. Ott. 1926.

Gesellliche Sitzung der Bezirksfürsorgeversammlung findet Freitag, den 5. November 1926, vorm. 11 Uhr, im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg statt.

Das Bezirksfürsorgeamt

der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 26. Ott. 1926.

Auf Blatt 460 des Handelsregisters, Erzgebirgische Wäschefabrik Dettel & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Schneeberg betr., ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 14. Oktober 1926 laut gerichtlichen Protokoll vom gleichen Tage im § 8 abgeändert worden. Die Geschäftsführerin Clara Hedwig Dettel führt jetzt den Familiennamen Fischer. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann August Fischer in Schneeberg. Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem der Geschäftsführer selbständig zu.

Amtsgericht Schneeberg, den 21. Oktober 1926.

Freitag, den 29. Oktober 1926, nachmittags 2 Uhr, sollen in Zöblitz meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden: 1 Drehschrank, 1 Wäschekommode und 147 Stück Sahnengießer, roh, mit Henkel. Bieter sammeln im Amtsgericht.

Zöblitz, den 27. Oktober 1926.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Zöblitz.

Offenhalten der Verkaufsläden.

Am Sonntag, dem 31. Oktober 1926, wird aus Anlaß des Kirchweihfestes des Geschäftsbetrieb in allen offenen Verkaufsstellen und die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in den dazu gehörigen Handelsgewerben bis zu 8 Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr nachmittags, und mit Auschluß der Zeiten des Vor- und Nachmittags-Gottesdienstes gestattet.

Zöblitz, am 26. Oktober 1926.

Der Rat der Stadt.

Schwarzenberg.

Die Landtagswahl findet Sonntag, den 31. Oktober 1926, statt. Die Wahlhandlung beginnt 9 Uhr vormittags und wird 6 Uhr nachmittags geschlossen. Wahlberechtigt sind alle rechtsdeutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben und in Sachsen wohnen. Jeder Wahlberechtigte hat 1 Stimme. Stimmabgabe ist ausgeschlossen. Wählen kann nur, wer in der Wahlkartei eingetragen ist oder einen Wahlchein besitzt. Wahlberechtigte können nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wahlkartei sie eingetragen sind. Inhaber von Wahlcheinen können in jedem beliebigen Wahlbezirk wählen.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt und am Wahltag im Wahllokal an die Wahlberechtigten vom Wahlvorstand verteilt. Andere als die amtlich hergestellten und verteilten Stimmzettel dürfen nicht verwendet werden. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Wahlberechtigte durch ein Kreuz oder Unterstrichen oben in sonst erkennbarer Weise den Wahlvorschlag auf dem Stimmzettel kennzeichnet, dem er seine Stimme geben will.

Auf Antrag erhält einen Wahlchein

I. ein Wahlberechtigter, der in eine Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen ist;

1. wenn er sich am Wahltag während der Wahlzeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Wahlbezirkes aufhält;

2. wenn er nach Ablauf der Einspruchfrist (17. Ott. 1926)

seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt;

3. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Wahlchein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Wahlraum aufzusuchen;

II. ein Wahlberechtigter, der nicht in eine Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen oder darin gestrichen ist,

1. wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchfrist (vom 10. bis mit 17. Ott. 1926) versäumt hat;

2. wenn er wegen Abwands des Wahlrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund aber noch Ablauf der Einspruchfrist weggesetzt ist;

3. wenn er nach Ablauf der Einspruchfrist seinen Wohnort nach Sachsen verlegt hat.

Die Ausstellung von Wahlcheinen kann bis mit Freitag, den 29. Oktober 1926, nachmittags 6 Uhr, im Stadthaus II, Zimmer Nr. 6 — Einwohneramt — beantragt werden.

Die Stadt Schwarzenberg ist in 7 Stimmbezirke eingeteilt.

Landtagswahl.

Die Stimmbezirke und die Stimmräume sind in der Anlage 1 verzeichnet.

Schwarzenberg, am 25. Ott. 1926. Der Rat der Stadt.

)

1. Bezirk: Wahlort: Grenzenhof „Ratskeller“ (Ratsstückszimmer). Am oberen Tor, Am unteren Tor, Badstraße, Bergstraße, Markt, Ratskellergänge, Obere und Untere Schloßstraße, Schneeberger Straße, Steinweg, Vorstadtstraße.

2. Bezirk: „Gothaus zum Unter“ (rechtes Gothsimmer). Alle Annaberger Straße, Alte Heerstraße, Dobrawies, Drückerbergstraße, Freiberg-Gut, Hammerweg, Karlsbader Straße 1 bis mit 36, Krümmer Weg, Bandmannstraße, Vorstadt, Wallenauer Kirchstraße.

3. Bezirk: Wahlort: 1. Bürgerschule (Erbgieß), Zimmer Nr. 4. Am Rossmann, Berggrüner Straße, Eisenstraße Straße, Erikoer Straße, Güter, Hinterherrenberg, Karlsbader Straße 37–53, Krämerberg, Obergasse, Pappelweg, Uferstraße.

4. Bezirk: Wahlort: Handels- und Gewerbeschule (Erbgießhof). Annaberger Straße 1 bis 18, 15, 21, 23, 25, Bahnhof, Bahnhofstraße, Denneringstraße, Gareisstraße, Grünhainer Straße, Werdauerstraße, Wildenauer Weg.

5. Bezirk: Wahlort: Schanzwirtschaft Döbler (Reservestoffzimmer). Die frühere Landgemeinde Obersachsenfeld mit Mittergarten Sachsenfeld und das Kraftwerk des Elektrizitätswerkes Oberzehring, Ortsl.-Nr. 110, II.

6. Wahlbezirk: Wahlort: Merels Gasthaus (Gaststube). Die frühere Landgemeinde Reuß mit Unterzehring, Vorbergenberg Nr. 21–23/II, 91–98/II.

7. Wahlbezirk: Wahlort: Gasthaus zur Sonne. Die frühere Landgemeinde Wildenau, Annaberger Straße 14, 16, 18, 30 bis 53, Eiterleiner Straße, Neuander.

Alarm - Übung.

Seit der Zeit vom 30. Oktober bis 8. November ds. Ja. findet eine Nachalarmierung der Freiwilligen Feuerwehr statt. Zur Bereitstellung der Einwohnerchaft wird dies hiermit bestimmtgegeben.

Dresden, den 26. Oktober 1926.

Der Gemeinderat.

Der Branddirektor.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Ergebigen Volksfreunds“ in Aue, Schneeberg, Zöblitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

den Vereinigten Staaten ratifiziert. Anscheinend ist man auf französischer Seite auf der Suche nach einem Plan, der Frankreich es ermöglicht, die Ratifikation des Schuldenabkommen noch zu umgehen. Eine solche Umgehung erscheint aber vom deutschen Standpunkt aus ausgeschlossen. Ein anderes Projekt als das in Thoiry ins Auge gefasst ist jedenfalls von französischer Seite an Deutschland noch nicht herangetragen worden. Dagegen unterliegt der bisherige Plan immer noch der Prüfung des Kessels. Es braucht aber kaum noch einmal betont zu werden, daß weitere deutsche politische Zugeständnisse, besonders im Osten, als ausgeschlossen gelten müssen.

Man spricht bereits davon, daß die Thoiry-Verhandlungen auf eine andere Basis gestellt werden sollen als die, die bei den Besprechungen zwischen Dr. Stresemann und Briand in den Grundlagen vorgesehen waren. Die bisherigen Erhebungen seitens der finanziellen Sachverständigen haben erwiesen, daß die geplante Mobilisierung der Eisenbahn-Obligationen den vorgezeichneten Rahmen überschreiten muß, wenn vor ihr die Möglichkeit einer Frankenabstabilisierung erwartet werden soll. Im übrigen ist man sich nunmehr vollkommen klar darüber, daß die letzte Entscheidung über jede Änderung des Reparationsplanes bei Amerika liegt und daß eine endgültige Stellungnahme der Vereinigten Staaten nicht vor dem Abschluß der Kongresswahlen, also Ende November, zu erwarten ist. Ein im demokratischen Zeitungsdienst erschienener Artikel, der sich mit diesem Problem beschäftigt, wird in politischen Kreisen bestimmt ausgelegt, daß er die deutsche Öffentlichkeit auf eine bevorstehende Umstellung des Thoiry-Planes vorbereitet soll. Man nimmt an, daß Botschafter Hösch in seiner Besprechung mit Briand bereits auf die Notwendigkeit eines neuen Verhandlungsgrundlage hingewiesen hat und daß auf dem Wege über die beiderseitigen Sachverständigenkomitees die Möglichkeiten einer solchen Verhandlungsgrundlage geprüft und gesucht werden.

Rabinettssitzung.

Berlin, 26. Ott. Das Kabinett hat sich heute in einer kurzen Sitzung mit der Erwerbslosenfürsorge beschäftigt.

Die französischen Erpressungen werden offenbar

Ruf nach Sanktionen. Thoiry „auf anderer Basis“.

London, 26. Ott. „Daily Telegraph“ schreibt, die Botschafterkonferenz überläßt es dem Ernennen der Interalliierten Kontrollkommission, weitere Ermahnmungen an das Reichswehrministerium in der Frage von Berichten gegen die Entwaffnung bestimmungen des Friedensvertrages zu richten. Man hofft, dadurch das Aufsehen und die Erhöhung zu vermeiden, die eine formellere Note der Botschafterkonferenz in Deutschland und anderswo erzeugen würde.

Das Blatt sagt, es höre, daß der wirkliche Grund für die Abneigung der französischen Regierung gegen eine baldige Übergabe der Kontrolle an den Völkerbund nicht in den praktischen Verstößen liege, sondern darin, daß Poincaré und die französischen Heerführer entschlossen seien, kein Nachlassen der ständigen Kontrolle, die die Übernahme durch den Völkerbund zweifellos mit sich bringen würde, zu gestalten, bis die genauen Bedingungen der Völkerbundskontrolle in einer Frankreich befriedigenden Weise festgestellt sind. Die Franzosen verlangten eine überwältigende alliierte Mehrheit im Völkerbundkonsortium, häufigere und regelmäßige Inspektionen, als bisher ins Auge gefasst wurden, schärfere Rücksicht über die entmilitarisierte Rheinlandzone als über das übrige Deutschland und die Bedingungen für den Völkerbundsrat. Sanktionen durch Mehrheitsbeschuß und nicht nur durch einstimmigen Beschuß anzurufen.

Berlin, 26. Ott. In Berliner politischen Kreisen wird den Ausführungen des „Daily Telegraph“ besondere Bedeutung beigemessen, da man diese englische Quelle für im allgemeinen recht zuverlässig hält und damit rechnet, tatsächlich solche französische Absichten abzuwehren zu müssen. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, daß Deutschland sich mit einer solchen Ausgestaltung des Investitionsbeschlusses des Völkerbundsrates keinesfalls einverstanden erklären kann, und daß es in einem solchen Vorschlag, wenn

er wirklich dem Völkerbundstat zugehen sollte, ein illogisches Verhalten erübrigen müßte.

Sollte Deutschland bei den kommenden Verhandlungen des Völkerbundsrates in bezug auf die Lieferführung der Militärkontrollkommission in die Völkerbundskontrolle nicht die erwartete Loyalität finden, so wird die deutsche Regierung es sich vorbehalten müssen, entsprechende Anträge zu dem Gesamtprojekt zu stellen und diese gegebenenfalls auch der Völkerbundversammlung vorzulegen.

London, 26. Ott. „Daily Mail“ meldet aus Paris: In heftigen politischen Kreisen spricht man schon von einer Dauer der Vorbesprechungen zwischen Deutschland und Frankreich bis weit über Neujahr hinaus. Wenn auch die Verhandlungen selbst nicht geführt sind, so ist doch aber eine nochmalige Zusammenkunft Briand-Stresemann vor der Völkerbundssitzung endgültig ins Wasser gefallen.

Weitere deutsche Zugeständnisse ausgeschlossen?

Berlin, 26. Ott. Zu den Meldungen aus Paris über die Entwicklung des Planes von Thoiry verlautet in unterschiedenen Berliner Kreisen, daß der Grundgedanke von Thoiry, nämlich eine deutsche Hilfe zur Behebung der französischen Finanzschwierigkeiten und eine baldige Räumung des besetzten Gebietes, noch wie vor besteht. Von deutscher Seite denkt man noch wie vor an eine finanzielle Hilfe durch eine Mobilisierung von Eisenbahnbölligationen als die einzige Hilfe, die Deutschland zur Zeit leisten kann.

Die Idee ist übrigens, wie erinnerlich, ursprünglich von Frankreich ausgegangen. Ihre Verwirklichung ist aber davon abhängig, daß Frankreich das Schuldenabkommen mit